

Antrag 168/I/2024

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Für den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin! Gemeinsam gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit.

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
2 aufgefordert, kurz- und langfristige Maßnahmen zu er-
3 greifen, um die Sicherheit von Jüd:innen und Israelis über-
4 all in Berlin zu gewährleisten. Unsere Antwort auf Gewalt
5 und Hetze gegen jüdisches Leben in Berlin sind eine kon-
6 sequente Strafverfolgung und ein bestmöglicher Schutz.
7 Gleiches gilt für unseren Einsatz gegen Rassismus, der sich
8 gegen Menschen mit einer palästinensischen Migrations-
9 geschichte oder Muslim*innen richtet. Es müssen Maß-
10 nahmen ergriffen werden, die ein friedliches Zusammen-
11 leben in unserer Stadt und den gesellschaftlichen Zusam-
12 menhalt nachhaltig stärken.

13

14 Hierzu können gehören:

15 1. Die Stadt soll sichere Rahmenbedingungen für ein-
16 nen wiederkehrenden Dialog mit Vertreter:innen
17 aus den jüdischen, israelischen, palästinensischen
18 und muslimischen Communities in Berlin bereitstel-
19 len. Ziel ist die Schaffung sicherer Dialog-Räume für
20 die Betroffenen, so dass gemeinsame Perspektiven
21 für ein friedliches Miteinander und Nebeneinander
22 entstehen können. Dafür erarbeitet der Senat im
23 Rahmen eines Stakeholder-Dialogs ein Konzept und
24 stellt auskömmlich Mittel bereit, um in diesen Com-
25 munities für eine Teilnahme an diesem auf Dauer
26 angelegte Dialogformats zu werben.

27 2. Förderung und Sichtbarmachung von bereits
28 bestehenden jüdisch-muslimischen und israelisch-
29 palästinensischen Friedens- und Begegnungs-
30 projekten. Vermittlung, wie in der Demokratie
31 Aushandlungsprozesse organisiert werden und
32 wie mit Meinungsverschiedenheiten umgegangen
33 wird. Verstärkte Präventionsmaßnahmen gegen
34 islamistische und rechtsextreme Akteur*innen und
35 Agitationen, die mit Fake News und Verschwörungs-
36 mythen zur aktuellen Situation unsere Gesellschaft
37 spalten und unsere Demokratie aushöhlen wollen.

38 3. Ausbau und Weiterentwicklung von Bildungs- und
39 Begegnungsprojekten zum Nahostkonflikt, Antise-
40 mitismus und antimuslimischen Rassismus für Ju-
41 gendliche und Erwachsene, insbesondere im Be-
42 reich Justiz und Bildung. Dabei sollen im Rah-
43 menlehrplan und der Lehrer:innenausbildung ne-
44 ben theoretischem und historischem Wissen auch
45 für den Umgang mit Emotionen und Traumata ver-
46 ankert werden. Israelische und palästinensische Per-
47 spektiven sollen berücksichtigt werden.

- 48 4. Klar anzuerkennen, dass Antisemitismus unser ge-
49 samtdeutsches Problem ist und sich klar gegen Ver-
50 suche zu stellen, migrantischen Communities oder
51 Muslim:innen pauschal unter Generalverdacht zu
52 stellen und ihre Grundrechte einzuschränken.
- 53 5. Keine pauschalen Demonstrationsverbote und eine
54 klarere Kommunikation der Regeln gegenüber den
55 Veranstalter*innen bei gleichzeitigem consequen-
56 tem Einschreiten und Verfolgung antisemitischer
57 Straftaten.
- 58 6. Ergänzung der Verfassung von Berlin um das Staats-
59 ziel der Antisemitismusbekämpfung und Stärkung
60 der Antisemitismusprävention.

61
62

63 **Begründung**

64 Wir können in Berlin nicht den Nahost-Konflikt lösen. Wir
65 wollen und müssen aber in der aktuellen Situation den so-
66 zialen Frieden stärken und dafür ein Zeichen der Verstän-
67 digung setzen.

68

69 Am 7. Oktober 2023 beging die Terrororganisation Hamas
70 das schlimmste Massaker an jüdischen Menschen seit
71 dem Holocaust, dem deutschen Völkermord an den eu-
72 ropäischen Jüdinnen und Juden. Umso bedrückender ist,
73 dass sich jüdischen und israelische Menschen angesichts
74 des aufflammenden Antisemitismus sich in Berlin unsi-
75 cher fühlen. Das ist inakzeptabel und darf genau wie jed-
76 wede Unterstützung für die Hamas keinen Platz in unse-
77 rer Stadt haben. Der Staat und die Gesellschaft müssen
78 handeln.

79

80 Auch in Berlin haben viele Menschen Angehörige oder
81 Freund:innen im Gaza-Streifen. Viele Betroffenen werden
82 unter Generalverdacht gestellt und ungerechtfertigt in ih-
83 ren Grundrechten eingeschränkt, und zwar auch denje-
84 nigen, die die Hamas ablehnen und Israels Existenzrecht
85 anerkennen. Sie haben im öffentlichen Raum kaum ei-
86 ne Stimme, was zu einem Vertrauensverlust in die deut-
87 sche Demokratie führen kann. Friedliche Demonstratio-
88 nen, bei denen auf das Leid der palästinensischen Zivil-
89 bevölkerung hingewiesen wird, dürfen nicht pauschal als
90 Störung der öffentlichen Ordnung betrachtet werden. Zu-
91 dem führt auch Rassismus, der sich gegen Menschen mit
92 einer palästinensischen Migrationsgeschichte oder Mus-
93 lime richtet zur Verschärfung des politischen Klimas bei.
94 Auch hier müssen Staat und Gesellschaft handeln.

95

96 Unsere Antwort als Demokrat:innen darf jedoch nicht
97 „weniger Demokratie“ lauten, sondern mehr Demokratie!
98 Das bedeutet auch einen sicheren Raum für Dialog bereit-
99 zustellen, indem zwischen den Betroffenen Perspektiven
100 für ein friedliches Nebeneinander und Miteinander ent-

101 stehen können.